

Eine Analyse des Ergebnisses  
der Landtagswahlen in  
Nordrhein-Westfalen

# Alles ganz einfach? Die Vermessung einer schmerzlichen Niederlage!

Michael Borchard

Am Wahlabend sieht – erst recht bei den Erklärungsversuchen vor der Kamera – alles meistens ganz schrecklich einfach aus: Die einen sagen: „Die Stimmung im Bund war gegen uns.“ Die anderen sagen: „Es war der falsche Kandidat.“ Wieder andere behaupten, es war am Ende doch eben die Partei selbst, die Fehler gemacht hat, und überhaupt war die Kampagne „völlig daneben“. Die Wahrheit liegt – wie meistens – wesentlich tiefer, als diese oberflächlichen Einschätzungen vermuten lassen! Auch im jüngsten dieser Fälle, bei der schmerzhaften Niederlage an Rhein, Ruhr und Wupper, hilft der differenzierte Blick. Die – nun wieder simple – Wahrheit ist zudem, dass es sich die CDU in Nordrhein-Westfalen, dem bevölkerungsreichsten Land Deutschlands, kaum leisten kann, die Gründe für dieses historisch schlechte Ergebnis und den Rückgang von 44,8 Prozent im Jahr 2005 und 34,5 Prozent 2010 auf nunmehr 26,3 Prozent im Jahr 2012 nicht ganz genau zu analysieren.

So bitter der Geschmack des herben Wahlverlustes noch immer auf der Zunge liegt, so ist selbst in diesem katastrophalen Wahlergebnis aus der Perspektive des Demokraten doch wenigstens ein kleines positives Moment zu finden: In einer Zeit, in der uns die Untergangspropheten aus den Medien und den Universitäten den Tod der Volksparteien weismachen wollen und dabei auch immer die magische Grenze der 40 Prozent ins Spiel bringen, sind 39,1 Prozent für eine der beiden großen Volksparteien –

gerade angesichts des guten Ergebnisses der Piraten – ein Beweis dafür, dass der Volksparteiedanke nach wie vor Rückhalt in der Bevölkerung findet.

Ebenso ein Zeichen dafür, dass Franz Walter mit seiner Einschätzung, dass die NRW-Wahl vor allem ein Waterloo der Volksparteien gewesen sei, kräftig danebenliegt, ist auch das Erststimmenergebnis der CDU. Die immerhin noch 32,7 Prozent der Wähler, die sich im Landesschnitt für einen CDU-Kandidaten entschieden haben, zeigen zugleich auf, dass „mehr drin“ gewesen wäre und dass die CDU in NRW nach wie vor Potenziale hat. Gleichwohl hat sie freilich auch hier gravierend eingebüßt und bedeutende Direktmandate verloren: Nur noch ein Direktmandat bleibt ihr beispielsweise in einer kreisfreien Stadt, in Mönchengladbach, erhalten. Zum Vergleich: 2010 waren das noch 15 von 56 Mandaten. Besonders schmerzhaft sind Wahlkreisverluste in Kölner Wahlkreisen, in Bonn, Düsseldorf, Recklinghausen, Essen und Münster. Und nur in den ländlichen Hochburgen wie Niederrhein, Münsterland, Paderborner Land, Hochsauerland, Oberberg und Eifel bleiben ihr die Direktmandate erhalten.

Wohin sind die Wählerinnen und Wähler der CDU gegangen? Waren es – wie viele noch am Wahlabend vermutet hatten – die Nichtwähler, die bei der CDU besonders „ins Kontor geschlagen“ haben? Tatsächlich hat die Union in gravierendem Maße an die Nichtwähler verloren. Es waren immerhin rund 110 000

ehemalige Wählerinnen und Wähler, die diesmal gar nicht zu den Urnen gegangen sind. Diese Zahl allerdings relativiert sich deutlich, wenn man sie ins Verhältnis zu den Wechselwählern setzt.

## Abwanderung zu anderen Parteien

Rund 450 000 der vormaligen CDU-Wähler, also mehr als das Vierfache der Nichtwähler, haben sich für die anderen Parteien entschieden. Wie bei fast allen Wahlen ist dabei der Austausch zwischen den beiden Volksparteien besonders groß: 190 000 Wählerinnen und Wähler haben sich für die SPD entschieden, und damit hat die CDU vor allem in der politischen Mitte verloren. Weitere 160 000 Wählerinnen und Wähler – und damit ein durchaus signifikanter Anteil – haben sich für die Abwanderung zur FDP entschieden.

Die FDP sollte sich allerdings hüten, aus der NRW-Schwalbe bereits einen bundesweiten Sommer zu machen. Nach den Daten der Forschungsgruppe Wahlen bezweifeln rund 55 Prozent aller Befragten, dass es nach einem Erfolg in NRW mit den Liberalen nun auch auf der Bundesebene wieder aufwärtsgeht. Auch stehen interessanterweise trotz aller Begeisterung der FDP-Anhänger für den Spitzenkandidaten Lindner die Inhalte im Vordergrund. So haben 64 Prozent der Befragten bestätigt, dass sie die FDP wegen der Inhalte gewählt haben, und nur 33 Prozent haben die Person „Lindner“ als Grund für ihre Wahlentscheidung benannt. Vielleicht schwingt dabei auch eine gewisse Skepsis für den Kurs Lindners mit, sich mit einem neuen Themenspektrum neue Wählerschichten und neue Koalitionsmodelle zu erschließen. Es bleibt abzuwarten und eine der spannendsten Zukunftsfragen – auch was die Chancen der CDU betrifft, die zur FDP abgewanderten Wähler wieder „einzufangen“ –, ob Christian Lindner der Spagat gelingen wird, neue Wählerinnen und Wähler zu gewinnen, ohne zugleich im bürgerlichen Lager Rückhalt zu verlieren.

Eine Neuheit offenbart der Blick auf die Wählerwanderung auch, wenn man dabei die Piraten besonders in den Blick nimmt: Bislang war mit Ausnahme der Wahl in Schleswig-Holstein und ebendieser Wahl in Nordrhein-Westfalen die Wählerwanderung von der CDU zu den politischen Freibeutern nicht wirklich signifikant. Auch bei dieser Wahl hat zwar das linke Lager besonders zugunsten der Piraten „bluten“ müssen: Die SPD hat 90 000 Stimmen, die Grünen und die Linken haben jeweils 80 000 Wähler verloren. Von der CDU allerdings haben immerhin 60 000 Wähler und von der FDP 40 000 Wähler bei den Piraten „angeheuert“. Bemerkenswert und neuartig ist in diesem Zusammenhang auch die Tatsache, dass die Piraten, die als Protestpartei aus allen sozialen Schichten und Altersgruppen, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß, Wähler angezogen haben, ihre besten Ergebnisse ganz offensichtlich bei den Arbeitslosen und Arbeitern sowie bei den Selbstständigen erzielt haben. Damit unterscheiden sie sich signifikant von den Grünen, die vor allem bei den hochgebildeten Menschen, bei Beamten und Frauen punkten können. Die These der Grünen, dass sie in einem direkten Konkurrenzverhältnis zu den Piraten stehen, hat sich zumindest bei den sozialstrukturellen Daten offensichtlich nicht bestätigt.

Wenn die Union an alle anderen Parteien, selbst an die Piraten, in signifikantem Ausmaß Stimmen abgegeben hat, wo liegen dann die Ursachen für dieses historisch schlechte Wahlergebnis? Der erste Blick fällt zunächst auf die Frage, wie sehr tatsächlich bundespolitische Erwägungen für die Entscheidung der Bürgerinnen und Bürger ausschlaggebend waren. Diese Frage ist vor dem Hintergrund der fragwürdigen Verknüpfung der Eurorettung mit der NRW-Wahl, die Norbert Röttgen wenige Tage vor der Wahl ausgesprochen hat, besonders spannend. Sie ist deshalb so interessant, weil nach

der Wahl viele Kommentatoren diesen Urnengang zu einer angeblichen Richtungsentscheidung gemacht haben, bei der die Wählerinnen und Wähler ihre Unzufriedenheit mit dem vermeintlich nicht genügend profilierten Kurs der Partei zum Ausdruck gebracht haben. Die Realität steht aber im Gegensatz dazu: Die absolute Mehrheit der Wählerinnen und Wähler (61 Prozent) hat bei ihrer Entscheidung in den Nachwahlbefragungen, die ja immer als besonders authentisch gelten, zu Protokoll gegeben, dass für sie landespolitische Erwägungen bei ihrer Entscheidung dominant waren.

Wenn dem so ist, dann muss sich beinahe automatisch der Blick auf die Akteure und die Themen auf der Landesebene richten. Dabei gab es ganz klare Schwerpunkte: Die CDU hat im Wahlkampf voll und ganz auf das Schulden Thema gesetzt. Sie hatte gute Gründe für diese Strategie: Immer deutlicher zeigen die Erfahrungen vieler Umfragen, dass die Menschen die Haushaltssituation in ihren jeweiligen Ländern, aber auch in Deutschland insgesamt zunehmend als persönlich belastend empfinden. Dabei spielt unter anderem das Thema der Generationengerechtigkeit eine wachsende Rolle. Dass die CDU sich dieses Themas besonders angenommen hat, ist im Kern folgerichtig und nicht zu kritisieren. Und natürlich war das Urteil des Landesverfassungsgerichtes vom März 2011, das den Nachtragshaushalt für verfassungswidrig erklärt hatte, eine schallende Ohrfeige für die Regierungskoalition. Die Opposition hätte ihren Namen nicht verdient, wenn sie nicht augenblicklich dieses Thema aufgegriffen und in die politische Debatte gebracht hätte. Auch der neue rot-grüne Koalitionsvertrag, der zwar vordergründig „strenge Haushaltsdisziplin“ verspricht, aber den Dimensionen des Problems noch immer nicht wirklich gerecht wird, beweist, wie angebracht dieses

Misstrauen der Opposition gegenüber der Regierung letztlich war.

## Sympathiedynamik versus Haushalt

Dementsprechend hat der Wortanteil im Themenbereich Finanzen/Haushalt/Steuern im Wahlkampf bei der CDU eine sehr herausgehobene Rolle gespielt: Er betrug 28,7 Prozent, bei der SPD hingegen nur erwartbare 15,6 Prozent. Dennoch ist das Kalkül der CDU, die Haushaltsthemen so deutlich in den Vordergrund und damit die SPD und die Grünen – nicht zu Unrecht – an den Pranger zu stellen, im Wahlkampf letztlich gescheitert. Der schlagende Beweis für diese These ist die Tatsache, dass der Regierungschefin selbst auf dem Feld ihres sogar gerichtlich festgestellten Scheiterns von einer Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger ein deutlicher Kompetenzvorsprung vor ihrem Herausforderer Norbert Röttgen bescheinigt worden ist. Ganze 38 Prozent waren der Auffassung, Frau Kraft verstehe mehr von Haushalts- und Finanzpolitik als der Herausforderer. Ihm haben nur 29 Prozent die entsprechende Kompetenz zugetraut. Dabei spielt sicher auch eine Rolle, dass die Union beim Thema Schuldenabbau selbst weitgehend jede Aussage zu konkreten Sparmaßnahmen schuldig blieb. Allein ausschlaggebend für die schlechten Werte der CDU in diesem Themenbereich kann das allerdings nicht sein.

Dieses Phänomen der vergleichsweise positiven Werte für Hannelore Kraft beim Haushaltsthema, das ja auf den ersten Blick nicht jeder Absurdität entbehrt, hat einen Grund, den die Wahlforschung kennt: Sympathien oder Antipathien entwickeln in Wahlkämpfen eine eigene Dynamik, die dann nur noch sehr schwer zu brechen ist. Wenn es Frau Kraft gelungen ist, vor der Wahl ihren Vorsprung in Sachen Sympathie, Glaubwürdigkeit und Führungsstärke auszubauen, und sich ihre Werte bis zur Wahl stetig ver-

bessert haben, dann ziehen diese positiven Einschätzungen die schwächeren Werte gleichsam mit. Das ist übrigens auch einer der Gründe, warum der Skandal um den Internetblog „Wir in NRW“, bei dem der Ministerpräsidentin vorgeworfen worden ist, sie hätte die Macher des Blogs mit lukrativen PR-Aufträgen versehen, in den Tagen vor der Wahl nicht mehr durchdringen konnte.

Norbert Röttgen hat dann leider der umgekehrte Effekt getroffen. Auch negative Einschätzungen dynamisieren sich: In den ersten Tagen seiner Kandidatur, zu einer Zeit, als die Parteien in der Sonntagsfrage noch sehr nah beieinanderstanden, hat in den Umfragen die Tatsache, dass er sich nicht klar zu seinem Verbleib in Nordrhein-Westfalen entschlossen hat, keine so dominante Rolle gespielt wie in den Tagen kurz vor der Wahl. Allerdings haben beinahe 60 Prozent aller Wählerinnen und Wähler festgestellt, dass es für das Abschneiden der CDU schlecht sei, dass Norbert Röttgen sich nicht festgelegt habe, im Falle einer Niederlage als Oppositionsführer in NRW zu bleiben.

Am Ende dieses dynamischen Prozesses lag Kraft bei der Frage, wen die Bürgerinnen und Bürger als Ministerpräsidentin oder als Ministerpräsidenten bevorzugen, mit 59 Prozent der Nennungen klar vor Norbert Röttgen, den sich nur 29 Prozent der Wählerinnen und Wähler als Ministerpräsidenten gewünscht haben.

Will man allerdings dem Kandidaten die ganze Schuld für die herbe Niederlage in die Schuhe schieben, macht man es sich viel zu leicht. Selbst wenn sich hier Effekte überlagern und eine gewisse Ablehnung des Kandidaten immer auch auf die Beurteilung der Partei abfärbt, so ist die Bewertung der Arbeit der Parteien in Nordrhein-Westfalen ein sehr augenscheinlicher Beweis dafür, dass die CDU eine Mitverantwortung für das schlechte Wahlergebnis trägt. Innerhalb der letzten

zwei Jahre und nicht erst mit der Kandidatur von Norbert Röttgen hat sich das Ansehen der CDU signifikant verschlechtert. Sie musste einen Rückgang der Imagewerte von 1,0 auf 0,6 verzeichnen. Noch deutlicher wird das beim Blick auf den Vergleich zwischen Landes- und Bundespartei. In der überwiegenden Zahl der Fälle wird die Arbeit der Landespartei normalerweise positiver eingeschätzt als die Arbeit der Bundespartei. Bei der CDU in NRW war es umgekehrt: Hier ist die Bundespartei laut der Forschungsgruppe Wahlen mit 1,2 deutlich positiver auf der von plus 5 bis minus 5 reichenden Skala eingeordnet worden als die Landespartei, die lediglich auf einen Wert von 0,6 gekommen ist.

### Fehler in der Kampagne?

Eine ehrliche Analyse darf die Frage nicht ausklammern, ob nicht auch massive Fehler in der Kampagne gemacht worden sind: Das betrifft gar nicht so sehr die Frage, ob nun die Wahlplakate authentisch genug waren oder nicht, sondern vielmehr die Überlegung, ob die richtigen Themen auf die richtige Art und Weise bearbeitet worden sind und ob die geradezu dramatische Dominanz des Schuldenthemas im Wahlkampf im Hinblick auf die anderen Themen tatsächlich hilfreich war.

Dabei drängt sich ein Politikfeld auf, das von den Bürgerinnen und Bürgern in der Rangfolge als genauso gravierend eingestuft worden ist wie das Thema Verschuldung/Haushalt, nämlich der Bereich Bildung/Schule. Beide Themen stehen bei der Frage nach ihrer Relevanz für die Wahlentscheidung gemeinsam an der Spitze. Beim Wortanteil der CDU waren es gerade einmal 12,8 Prozent. Hier hat beispielsweise die FDP mit 24,9 Prozent einen wesentlich deutlicheren Akzent gesetzt.

Man kann auf dem Fundament der Analysen der letzten drei Wahlen die –

etwas zugespitzte – These aufstellen, dass die CDU 2005 die Wahlen vor allem auch wegen des Bildungsthemas gewonnen hat. 2010 wiederum war die Unzufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit dem Zustand des Schul- und Bildungssystems für sie einer der ausschlaggebenden Gründe, die CDU/FDP-Regierung abzuwählen. Nun wiederum, im Jahr 2012, hat das Thema, wenngleich etwas abgeschwächt, erneut eine herausgehobene Rolle gespielt. Für die CDU bedeutet das, nicht allein in Nordrhein-Westfalen, dass sie mit ihren Botschaften in der Bildungspolitik bislang nicht wirklich zu den Menschen durchdringen kann und in diesem Bereich ihre Positionen und ihr Profil noch deutlicher kommunizieren muss.

Aus den Erfahrungen in Nordrhein-Westfalen lässt sich zudem schließen, dass sich das Thema nicht für den Wahlkampf „entschärfen“ lässt – allein durch sachliche Zugeständnisse und konstruktive Politik. Der „Schulfriede“ hat sich nicht ausgezahlt und ist nicht mit der Union „nach Hause gegangen“. Die Kompetenz der CDU in Bildungs- und Schulfragen, die bereits 2010 mit 27 Prozent deutlich hinter der SPD (mit 34 Prozent) lag, hat sich noch einmal verschlechtert. 2012 haben der CDU nur noch 21 Prozent die Kompetenz in diesem so wichtigen Feld zugestanden, während die SPD sich noch einmal auf 37 Prozent verbessern konnte.

Der „Schulfriede“ hat zudem die strategischen Vorteile der CDU gegenüber ihren eigenen Anhängern eingeschränkt: In den letzten beiden Wahlen war das Schul- und Bildungsthema ein Thema, das vor allem die eigenen Wählerinnen und Wähler in großem Maße mobilisiert hat. Jetzt stand es nicht mehr als Mobilisierungshilfe und als Polarisierungsthema zur Verfügung.

Bildung ist erfahrungsgemäß ein Thema, das die Generationen der Jüngeren und vor allem der jungen Eltern be-

sonders betrifft. Bei den 45- bis 59-Jährigen ist die CDU bei der Wahl auf 22 Prozent, bei den 30- bis 44-Jährigen auf 23 Prozent gefallen, und bei den 18- bis 29-Jährigen liegt die CDU mit ihrem Wähleranteil von 18 Prozent fast bei den Werten der Grünen und der Piraten. Nur in der Gruppe der über 60-Jährigen war die Union überdurchschnittlich erfolgreich, wenngleich sie dort von der SPD eingeholt worden ist.

Nun ist die Nachricht, dass die Volksparteien bei den älteren Wählerinnen und Wählern stärkeren Rückhalt genießen, keine aufregende Neuigkeit. Es muss aber schon aufhorchen lassen, dass der Anteil der 18- bis 35-Jährigen bei den beiden Volksparteien zusammengenommen unter 30 Prozent bleibt, während der Wähleranteil bei den über 65-Jährigen bei beiden großen Volksparteien immerhin noch 79 Prozent ausmacht.

Die CDU muss sich in den kommenden Monaten fragen, wie sehr sie noch alle Lebenswelten und Altersgruppen erreicht. Dabei spielt auch eine Rolle, was die Adenauer-Stiftung in den letzten Monaten in ihren Forschungen über die Stammwählerinnen und Stammwähler der Union zutage gebracht hat: Die Partei ist nicht mehr die Partei der „kleinen Leute“, so beklagen selbst die Kernwählerinnen und -wähler der CDU. Es wäre ein fataler Fehlschluss, zu diesen „kleinen Leuten“ vor allem und einzig die sozial Schwächeren zu zählen. Nach den Erkenntnissen, die uns die Demoskopie bietet, sind es rund 62 Prozent der Menschen in Deutschland, die sich zu den „kleinen Leuten“ zählen. Zugleich sind das vor allem die Erwerbstätigen, die nicht von Transfers leben – und zwar in einer großen Bandbreite bis hin zu denjenigen, die besser verdienen. Sie klagen vor allem darüber, dass sie sich von „denen da oben“ nicht genügend angesprochen und wahrgenommen fühlen.

Der Neuanfang in Nordrhein-Westfalen muss demzufolge ein breiter Ansatz sein. „Mehr Sozialpolitik“ oder im Gegensatz dazu mehr „Wirtschaftsprofil“, „mehr C“ oder gar „mehr K“ allein würden die Partei eher in ein noch größeres Debakel stürzen. Sie muss vielmehr den Versuch wagen, wirklich und im wahren Sinne des Wortes „Volkspartei“ zu sein.

Es ist nicht von der Hand zu weisen, was Reiner Burger in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* zur NRW-CDU geschrieben hat: „Wenn die Union im demokratischen Ideenwettbewerb wieder gewinnen will, braucht sie dringend eine Selbstvergewisserung. Die CDU hat drei Programmsäulen: das christlich-soziale, das liberale und das konservative Element. Anders als vielfach behauptet geht es in erster Linie nicht darum, ob es der CDU an konservativem, liberalem oder an wirtschaftspolitischem Profil mangelt oder ob die eine oder die andere Strömung die Oberhand gewinnen sollte. Vielmehr mangelt es der CDU an einem Angebot, das alle Komponenten auf moderne Weise verbindet. Hätte sie das, gelangte sie zu einem wahrnehmbar anderen Verständnis von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft als ihre Hauptkonkurrentin SPD.“ Es spricht aus diesem Grund viel dafür, dem Vorschlag der Jungen Union zu folgen, nämlich über ein neues Grundsatzprogramm in Nordrhein-Westfalen nachzudenken. Selbst wenn die Breitenwirkungen solcher programmatischen Ausrichtungen erfahrungsgemäß eher gering sind, für die Imagebildung nach außen und die Selbstvergewisserung nach innen ist ein solcher Schritt unerlässlich.

### „Enthauptung“ der Fraktion

Freilich wird nicht nur die Programmatik letztlich ausschlaggebend für die Frage sein, wie schnell sich die CDU von der Wahlniederlage erholt. Auch die Qualität und Wahrnehmbarkeit der Oppositionsarbeit in Düsseldorf werden von heraus-

gehobener Bedeutung sein. Hier allerdings liegt ein gravierender Nebeneffekt der Wahlniederlage, der sich zumindest in den kommenden Monaten deutlich auswirken wird: Durch den Verlust der Direktmandate sind viele Abgeordnete neu über die Liste in den Landtag eingezogen. So banal und richtig die Erkenntnis ist, dass unter „den Neuen“ auch viele neue Talente zu finden sein werden, so richtig ist auch die Einschätzung von Helmut Linssen, der das Ergebnis im Hinblick auf die Fraktion eine „Enthauptung“ genannt hat. Erfahrene und gestandene Fachleute wie der Wirtschaftsexperte Jens Petersen und der Kommunalexperte Bodo Löttgen sind nur zwei von vielen, die beim Neuanfang im Landtag mit ihrer Erfahrung und ihrer Kompetenz empfindlich fehlen werden.

Es ist zu hoffen, ja zu ersehnen, dass die CDU schnell wieder stark und kräftig wird, nicht nur aus parteipolitischen Gründen, sondern im Interesse des Landes. NRW braucht dringend eine starke Opposition und eine starke CDU, gerade weil der Koalitionsvertrag, der im Juni in Düsseldorf geschlossen worden ist, klassische Klientelpolitik betreibt und bei dem entscheidenden Thema der Schuldenvermeidung keinerlei Ehrgeiz zeigt.

Die wohlfeile Entschuldigung der rot-grünen Koalition, man könne mit einer Minderheitenregierung keine Berge versetzen, ist seit dem Wahltag im Mai weggefallen. Wenn die Regierung in Düsseldorf nicht begreift, dass sich Sympathievorschüsse abnutzen und die Menschen wirklich spüren wollen, dass sich die Situation verbessert, dann muss eine erneuerte und entschlossene Union eine starke Alternative bieten. Wenn das Experiment bis 2017 überzeugend gelingt, dann wird das Auswirkungen auf die ganze CDU haben. An diesem „Bauwerk“ mitzubauen und es nach Kräften zu unterstützen muss deshalb – nicht nur in Düsseldorf – höchste Priorität haben.